

Weiterer Gegenwind für die Windanlage

Gemeinde Erpeldingen/Sauer stellt sich mit Resolution gegen den Bau eines Windrades vor Bürden

Von Arlette Schmit

Erpeldingen. Der Protest gegen den Bau einer Windkraftanlage vor Bürden geht in eine neue Runde. Kürzlich hat der Erpeldinger Gemeinderat eine Resolution vorgelegt, in der sie nicht nur fordert, das Projekt aufzugeben, sondern auch Lösungsvorschläge anbietet.

Zur Erinnerung: Die Betreibergesellschaft Wandpark Nordenergie, deren Anteile zu 40 Prozent von der Energiegesellschaft Soler S.A. und zu je 20 Prozent von den Gemeinden Ettelbrück und Diekirch sowie der Stromversorgungsgesellschaft Nordenergie S.A. gehalten werden, wurde 2019 mit dem Ziel gegründet, ein Windkraftprojekt mit zwei Anlagen zu realisieren. Während eine Windturbine westlich des Karelshaff in Ettelbrück errichtet werden soll, sieht die Planung eine weitere Anlage in der Nähe von Bürden vor. Von den beiden Windkraftwerken verspricht sich die Betreibergesellschaft bei sieben Megawatt Gesamtleistung eine jährliche Energieproduktion von 14,7 Millionen Kilowattstunden. Das entspräche einem jährlichen Durchschnittsverbrauch von 3 260 Haushalten, umgerechnet etwa 13 000 Personen. Dadurch sei dann auch mit einer CO₂-Einsparung von rund 9 400 Tonnen zu rechnen.

Doch von Anfang an gab es Gegenwind, was die Errichtung der Windkraftanlage am Ort Auf dem Hasenbach, 200 Meter vor der Gemeindegrenze von Erpeldingen und 750 Meter von den ersten Häusern in Bürden entfernt, angeht. Die Einwohner Bürdens haben bisher ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass sie keine solche Anlage, die mit einer Höhe von 230 Metern das bisher höchste Windrad Luxemburgs werden soll, vor ihrer Haustür wollen. Sorge bereitet ihnen an erster Stelle der Impact der Anlage auf die Gesundheit und Lebensqualität der Bürger sowie der Schutz der Tier- und Pflanzenwelt.

Gegen den Willen der Bürger

Um ihrem Protest zu untermauern, wurde bereits im Dezember 2020

die Bürgerinitiative „Energie mat Verstand - Keng Wandmillen viru Bierden Asbl“ gegründet. Auch die Gemeindeverantwortlichen standen stets hinter den Bürgern. Sie hatten denn auch bereits einen Alternativstandort im Osten der Gemeinde Erpeldingen, auf dem Leezefeld nahe dem Fridbësch, vorgeschlagen. Hier läuft derzeit eine Machbarkeitsstudie. Doch bisher sind alle Proteste im Sande verlaufen.

Um den Druck zu erhöhen, hat die Gemeinde Erpeldingen nun eine Resolution verabschiedet, in der sie unter anderem feststellt, dass die Wahl des Standortes eine politische Entscheidung sei und nicht durch eine Ertragsmaximierung und eine Minimierung der Belästigung der Anwohner gefällt wurde. Weiter heißt es, dass die von den Betreibern vorgelegten Studien über die Umweltauswirkungen, die im Rahmen des Commodo-Incommo-

do-Verfahrens durchgeführt wurden, zwar den Anforderungen entsprechen, die Normen jedoch aus einer Zeit stammen, als Windkraftanlagen kaum halb so hoch wie die geplante Anlage waren und weniger Emissionen verursachten. Diese Normen seien daher nicht mehr an die heutige Realität angepasst.

„Stoppt das Projekt“

Nicht zuletzt werde die symbolische Bedeutung des Projekts von einem Großteil der betroffenen Bürger als Aufzwingen des politischen Willens der beiden großen Gemeinden auf Kosten der kleineren Gemeinden wahrgenommen. Und wie Bürgermeister Claude Gleis betonte, verbiete die Nähe der Anlage zu den Grenzen der Gemeinde jegliche zukünftige Entwicklung in dem betreffenden Sektor, was eine faktische Blockade der Souveränität des Gemeinderates darstelle.

In ihrer Resolution fordern die Verantwortlichen von der Betreibergesellschaft, das Projekt aufzugeben und vom Umweltministerium, den vorgeschlagenen Standort nicht zu genehmigen. An die Regierung geht die Forderung, die Verordnung schnellstmöglich an die aktuellen Gegebenheiten und vor allem an die Größe der Anlagen und das Ausmaß der verursachten Emissionen anzupassen sowie ein nationales Kataster des Potenzials zur Nutzung von Windenergie zu erstellen und dabei die benachbarten Siedlungen, die auf der Grundlage der geforderten neuen Regelung entstehen, zu berücksichtigen.

Doch stellt die Gemeinde nicht nur Forderungen, sie schlägt auch Lösungen vor. Demnach sollten alle Nordstadgemeinden sich in dieser Frage zusammenschließen und im Rahmen der Förderung erneuerbarer Energien für die gesamte Nord-

stad-Region Standorte, die für solche Anlagen besser geeignet sind, bestimmen. Auch sollten die Gemeinden die Möglichkeit einer Energieerzeugungsgesellschaft für die gesamte Nordstad ins Auge fassen. Sinn machen würde sicherlich auch eine Initiative zur ernsthaften Förderung der Photovoltaik auf der Ebene der Nordstad, um das Potenzial auf bereits bebauten Flächen zu nutzen. Soweit das Beschlusspapier, dem sich alle Räte aus Erpeldingen anschlossen.

Sollte auch das nicht zu einer Lösung führen, so hat die Gemeinde aber noch ein letztes Druckmittel in der Hand. Und das brachte Rat Claude Wolter folgendermaßen auf den Punkt: „Wenn dieses Windrad mitten im Herzen und auf einem der höchsten Punkten der Nordstad errichtet werden wird, dann riskiert dieses Monument den Tod der Nordstad.“



Die Einwohner Bürdens setzen sich mit allen Mitteln zur Wehr und haben bereits im Dezember 2020 eine Bürgerinitiative gegründet. Foto: A. Schmit